

Landtag aktuell

7. Oktober 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunde zur Schulreform

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde Josef Balber als neues Mitglied des NÖ Landtages angelobt.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Schulreform – beste Ausbildung für unsere Kinder in den Regionen – Nicht-Ziel ‚Erhaltung von Kleinschulen‘ ist keine Lösung für Niederösterreich**“.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, die Bildungsreform sei eine spannende Herausforderung und Chance für die Bürger, aber auch für Lehrer, Schüler und Eltern. Die Aktuelle Stunde werde aufzeigen, wem in diesem Land die Bildung der Jugend wichtig sei und wer sich für den Föderalismus und die Bundesländer in Österreich stark mache. Der vom Ministerium vorgelegte Dienststellenplan und die dazu gehörige Richtlinie stellen sich gegen die Interessen der Lehrer, Schüler und Eltern. Weiters bestehe auf Grund der vom Ministerium geplanten Harmonisierung der Klassenschülerhöchstzahl eine Gefahr für die kleinräumige Schulstruktur im ländlichen Raum.

Aufgrund dieser Vorgaben von Seiten des Ministeriums seien 317 Volksschulen und über 200 Hauptschulen in Niederösterreich gefährdet. Hauptleittragende dieser Entwicklung waren die SchülerInnen, die bei der Schließung von Schulstandorten längere Anfahrtswege zu den Bildungseinrichtungen zurücklegen müssen. Die Konzepte für eine Bildungsinfrastruktur in Niederösterreich seien nicht mit Bildungskonzepten für die Bundeshauptstadt Wien mit ihrem viel dichter besiedelten Gebiet zu vergleichen. Auch in Zukunft seien Lehrpläne, Bildungsstandards und ein einheitliches Dienstrecht für alle Lehrer in Österreich vom Bund zu beschließen.

Außerdem habe Niederösterreich Landesschulen wie Volksschulen und Hauptschulen optimal ausgestattet und instand gesetzt.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) betonte, niederösterreichisch zu denken heiße, sich für die Kinder und deren Eltern einzusetzen. Viele Eltern und Lehrer würden sich in der aktuellen Diskussion über das Bildungssystem zurückgedrängt fühlen. Im Vordergrund dürften nicht Machtspiele von Ministerium oder Landesschulrat stehen, sondern die Interessen der Kinder, Eltern und Lehrer. Außerdem dürfe man die aktuelle Bildungsdiskussion nicht auf die Bestellung von Leiterposten in Schulen reduzieren. Im Detail gehe es um eine flächendeckende Schulstruktur im ländlichen Raum, mehr Eigenverantwortung für die einzelnen Schulstandorte, um Sprachförderung bei Deutschdefiziten sowie um die Abschaffung von Parallelstrukturen im Bildungswesen.

Abgeordneter Josef **J a h r m a n n** (SP) kritisierte, dass bei der Bildungsreform zu wenig weitergehe. Wichtig sei die Einführung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen, die bereits in den meisten EU-Ländern umgesetzt worden sei. Die bestmögliche Ausbildung der SchülerInnen in den ländlichen Regionen bedeute auch die bestmögliche Nutzung der vorhandenen humanen Ressourcen.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) hielt fest, dass es Bildung für alle Kinder geben sollte. Die Verwurzelung im Heimatort sei zwar ein wichtiges Thema, doch müsse man sich auch die Frage stellen, ob jeder Bildungsstandort im Land auch die beste Ausbildung gewährleisten könne – dies müsse man sich von Fall zu Fall ansehen. Weiters meinte er, es sei inkorrekt, dass bei Realisierung der derzeitigen Vorhaben der Bundesministerin die Hälfte der niederösterreichischen Schulstandorte geschlossen werden müsste. Er brachte einen Vorschlag zur „grünen Schule“ ein, demgemäß es eines groben einheitlichen Bildungsrasters, einer Servicestelle im Land und Schulen bedürfe, „die wissen, was sie brauchen“. Hinsichtlich der Verwaltungsreform meinte Weiderbauer, dass es ein absurdes Lehrerdienstgesetz sowie diverse andere Missstände gebe. Im Rahmen der Schulreform wolle die VP die Bedeutung der Hauptschulen stärken, doch passiere dies nicht.

Abgeordneter Karl **M o s e r** (VP) merkte an, dass an den Hauptschulen im ländlichen Raum hohe Qualität zu verzeichnen sei. Das niederösterreichische Ziel sei, in den ländlichen Regionen pro Gemeinde einen Volksschulstandort zu besitzen, da Bildung in der jeweiligen Heimatgemeinde begonnen werden solle. Man stelle

sich gegen „Bildungsfabriken“, welche zahlreiche Standorte gefährden. Das Land werde in seinen Vorhaben vom Bund gehemmt, man wolle Verantwortung nach klaren bundespolitischen Zielen. Man wolle keine Zustände wie in Wien, stattdessen solle Regionalität besser gelebt werden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach sich für die Stärkung der einzelnen Schulstandorte aus und unterstrich die Forderung nach ausreichenden Deutschkenntnissen sowie einer Maximalquote für Kinder mit Migrationshintergrund.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) kritisierte zunächst die Form der Auseinandersetzung in sachpolitischen Themen im niederösterreichischen Landesparlament. Hinsichtlich bildungspolitischer Fragen denke die SP in den Kategorien Qualität, Zukunft der Jugend, Wirtschaftsstandort und Wettbewerbsfähigkeit. Föderalismus dagegen habe im Bildungssystem keinen Platz. Zum Status Quo des Bildungssystems meinte Leichtfried, dass es gravierende Unterschiede zwischen den Schulstandorten in Österreich gebe und Handlungsbedarf bestehe. Das Handeln sei aber seit Jahrzehnten – unter anderem von der VP – verschleppt und behindert worden.

Ministerin Schmied könne sich der Unterstützung der SP-NÖ sicher sein, sie habe die Fehler im Schulsystem erkannt. Eine qualitätsvolle Bildungsreform bestehe aus vielen Maßnahmen wie aus einer gemeinsamen Lehrerausbildung, einem flächendeckenden Netz an Ganztagschulen, einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen sowie einer Aufwertung mit mehr Autonomie für die Schulstandorte. Ein populistischer Ansatz zu Lasten der Kinder sei der falsche Weg.

Landesrat Mag. Johann H e u r a s (VP) sagte, er habe kein einziges Argument für einen Zentralismus in der Bildung gehört. Die Kompetenzen müssten klar gebündelt und festgeschrieben sein. Es müsse eine Hand geben, die organisiere, finanziere und dafür die Verantwortung trage. Wien sei viel zu weit weg, um die Sehnsüchte, Sorgen und Befindlichkeiten des Bildungswesens etwa im Waldviertel zu kennen. Bildungspolitik sei auch Regionalpolitik, jede Region müsse anders beurteilt werden. Die Gleichmacherei sei letztlich kinderfeindlich und gefährde die Entwicklung des Bundeslandes Niederösterreich. Niederösterreich könnte in der Qualität viel mehr weiterbringen, bräuchte man nicht den Bund und die Zentralstellen. Er fordere eine Kopfquote pro Schüler und pro Schulart.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) stellte klar, Hauptschüler nach der vierten Klasse müssten einen Startvorteil gegenüber Gymnasiasten haben, die

lauter schlechte Noten hätten. Er habe kein Problem mit Macht, nur damit, sachliche Argumente als Machtdemonstration zu missinterpretieren. Zur Objektivierung meinte er, 98 Prozent der Beschlüsse im Landesschulrat fielen einstimmig.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) replizierte, er habe nie den Bildungsstandort Niederösterreich schlecht gemacht. Eine Bildungsreform müsse allerdings für ganz Österreich gelten.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten DI Eigner, Jahrman, Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung der NÖ Bauordnung 1996**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Zur Steigerung des Radverkehrs sei in den letzten zwei Jahren nichts passiert. Die Radpolitik in Niederösterreich dürfe nicht in der Zuständigkeit von Landesrätin Rosenkranz bleiben. Sie meinte, die Novelle zur Bauordnung sei so abgeändert worden, dass das Auto mehr Platz bekomme, hingegen habe man das Fahrrad in der Bauordnung überhaupt nicht berücksichtigt. Im Bereich der E-Mobilität sei hingegen viel mutiger agiert worden, und Niederösterreich nehme in diesem Bereich mittlerweile eine Vorreiterrolle ein. In diesem Zusammenhang brachte Sie einen **Abänderungsantrag** und einen **Resolutionsantrag** jeweils mit den Abgeordneten Dr. Petrovic, Weiderbauer und Enzinger betreffend Änderung der NÖ Bauordnung 1996 und Änderung der NÖ Bautechnikverordnung zur Regelung der Anzahl und Ausgestaltung der Abstellanlagen für Fahrräder ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, der vorliegende Entwurf zur NÖ Bauordnung bringe Verbesserungen für Landsleute und Gemeinden, die Bauvorhaben umsetzen wollen. Die Vorlage der NÖ Bauordnung sei sehr familienfreundlich, da in Zukunft Familien mit Kindern in den Parkgaragen mehr Platz beim Aussteigen aus ihren Autos hätten. Zudem habe die Baubehörde die Möglichkeit, Bauwerke, die nicht ins Ortsbild passen, wie beispielsweise Minarette, zu verhindern.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) betonte, die neue Bauordnung stelle eine wichtige Grundlage für ein geordnetes Bauen dar, und das nun vorliegende Ergebnis gebe den Planern, Bürgermeister, Gemeinden und Bürgern mehr Rechtssicherheit. So sei beispielsweise die Errichtung von Windrädern in Zukunft nur mit einer Bauverhandlung möglich. Eine Anzeigepflicht hingegen sei nur bei kleinen Gartenhütten bzw. TV-Anlagen mit Satellitenschüsseln notwendig. Außerdem werde

die Verantwortung der Planer für ihre eingereichten Bauprojekte hervorgehoben. Mit der Berücksichtigung von Ladestationen in der NÖ Bauordnung im Zuge der Elektromobilitätsoffensive des Landes habe man zur richtigen Zeit die notwendigen Maßnahmen gesetzt.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, bei der Vorlage zur NÖ Bauordnung seien verschiedene Punkte berücksichtigt worden, allerdings habe man die Ausstattung mit Fahrradabstellplätzen vernachlässigt. In diesem Zusammenhang brachte sie einen **Abänderungsantrag** mit den Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Weiderbauer und Enzinger zur NÖ Bauordnung 1996 betreffend verpflichtende Herstellung von Fahrräder-Abstellanlagen ein.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) erinnerte, dass die NÖ Bauordnung und ihre Auswirkungen immer zu Diskussionen mit den Bürgern führten. Diese Gesetzesvorlage sei ein wichtiger Bestandteil, um das Zusammenleben in der Gesellschaft zu regeln und notwendige Freiräume zu sichern. Bei der nun vorliegenden Gesetzesnovelle gebe es einige Vereinfachungen wie beispielsweise in Bezug auf die Errichtung von Gartenhäuschen oder die Genehmigung von Heizungsanlagen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, die NÖ Bauordnung trage auf der einen Seite zu einer Vereinfachung der Bauverhandlung bzw. zu einer Entlastung der Bauämter in den Gemeinden bei, und auf der anderen Seite würde die Gestaltung der Ortszentren bei Um- und Neubauten stärker reglementiert. Gerade bei den gewachsenen Ortszentren in den niederösterreichischen Städten und Gemeinden habe man in den vergangenen Jahren immer auf hohe Qualität geachtet und wert auf herausragende Architektur gelegt. Weiters seien bei der Gesetzesvorlage die ökologische Komponente berücksichtigt und die Errichtung von Stromtankstellen zur Förderung der E-Mobilität geregelt worden. Zudem habe die Novelle nicht dem Auto mehr Raum gegeben, sondern den Menschen, die mit dem Auto unterwegs sind. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Eigner, Grandl, Maier, Mold und Rennhofer einen **Abänderungsantrag** ein, durch den in der NÖ Bauordnung 1996 zwei semantische Änderungen erfolgen. Weiters ging er in diesem Zusammenhang auf das Thema Abstellplätze für Kinderwagen und Fahrräder ein und brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend verbesserte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ein.

Landesrätin Barbara R o s e n k r a n z (FP) meinte, dass mit der vorliegenden Novelle „hoffentlich auf vieles reagiert“ worden sei und brachte ihre Freude über den

Drei-Parteien-Antrag zum Ausdruck. Es würde damit künftig u. a. die Arbeit der Bauabteilungen erleichtert, Anrainerrechte würden verstärkt berücksichtigt und es gebe keine Überregulierung. Besonders hob sie die Ortsbildfrage hervor: sensible Bauten wie Sakralbauten seien künftig danach zu beurteilen, inwieweit sie dem Ortsbild entsprechen. Somit sei eine brauchbare Novelle zur Bauordnung realisiert worden.

Die Abänderungsanträge der Grünen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden abgelehnt. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Schuster u. a. wurde angenommen. Der Hauptantrag betreffend Änderung der NÖ Bauordnung 1996 wurde gegen die Stimmen der Grünen angenommen, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Petrovic u. a. wurde abgelehnt, jener des Abgeordneten Schuster wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2009.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass im Tourismusbereich speziell im Top-Segment noch Verbesserungen möglich seien. Ihre Fraktion werde dem Wirtschaftsbericht 2009 zustimmen, obwohl es in Bezug auf die Förderungen noch diverse Kritikpunkte gebe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) lobte den Bericht als sehr übersichtlich und den Anforderungen entsprechend. Man sei in Niederösterreich gut aufgestellt und solle diesen erfolgreichen Weg auch in Zukunft fortsetzen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) sprach ebenso von einem sehr ausführlichen und gut gegliederten Bericht. Zudem hielt er fest, dass auch die niederösterreichische Wirtschaft 2009 im Industriebereich geschrumpft sei, für 2010 aber mit einem leichten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen sei. Im niederösterreichischen Tourismus habe man bei den Auslandsmärkten einige Rückgänge hinnehmen müssen, weshalb die niederösterreichische Tourismuswirtschaft künftig mit entsprechenden Konjunkturmaßnahmen weiterhin zu unterstützen sei. Seine Fraktion nehme diesen Bericht zur Kenntnis.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sprach dem Bericht eine „besondere Qualität“ zu und betonte, dass dieser jene Zeit behandle, in welcher der größte Einbruch der Weltwirtschaft zu verzeichnen gewesen sei. Diese Phase sei nun vorbei, Österreich werde ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent,

Niederösterreich eines von 2,1 Prozent prognostiziert, so dass Niederösterreich seinen Vorsprung halte. Die Wirtschaftsagentur ecoplus erlebe derzeit regen Zuspruch, der Rekord von 2008 könne unter Umständen wieder erreicht werden. Erfreulich seien auch die anhaltende Entspannung am Arbeitsmarkt, der Rückgang der Kurzarbeit und der Boom in manchen Branchen. Ebenso freue es sie, dass die betrieblichen Insolvenzen zuletzt nicht angestiegen seien. Sie betonte, dass die Fördermittel nicht nach dem Gießkannenprinzip vergeben wurden und das Land sich als verlässlicher Partner der Unternehmen bewiesen habe.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Konjunkturmaßnahmen zur Stützung der NÖ Wirtschaft – Fortsetzung der Maßnahmen sowie Einführung eines neuen Eigenkapitalsicherungsmodells für Klein- und Mittelunternehmen.**

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, dass das zuletzt geschnürte Paket zielgerichtet und positiv gewesen sei. Angesichts der jetzigen guten Entwicklung seien aber weitere Maßnahmen notwendig. Niederösterreich könne stolz auf seine Wirtschaftspolitik sein. Am Arbeitsmarkt habe man mittlerweile wieder ein besseres Niveau als 2007 erreicht. Nun gehe es darum, das Konjunkturpaket zu verlängern und zu stärken.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, sie begrüße den Beschluss, im Bereich der Energieeffizienz müsse man aber noch viel besser werden. Eigenkapitalsicherungsmodelle müssten auch für Ein-Personen-Unternehmen entwickelt werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, der richtige Weg solle fortgesetzt werden. Neben der Unterstützung von Leitbetrieben sei insbesondere das Eigenkapitalsicherungsmodell für kleine und mittlere Unternehmen eine gute Antwort. Das Bau- und Baunebengewerbe spüre das Zurückgehen der Aufträge aus öffentlicher Hand. Auch hier müsse man schnell helfen.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) sprach von der Notwendigkeit weiterer Maßnahmen für die regionale Wirtschaft. Nicht außer Acht gelassen werden dürfe aber, dass die Gemeinden die größten Investitionen vor Ort tätigten. Ein Großteil der Gemeinden könne aber nicht mehr ausgeglichen bilanzieren. Deshalb forderte er einen mit 500 Millionen Euro dotierten Zukunftsfonds für Gemeinden bzw. eine NÖ Sanierungsholding und stellte einen entsprechenden **Zusatzantrag.**

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) betonte, die niederösterreichische Wirtschaft befinde sich im Aufwind, 2010 seien ca. 6.000 Neugründungen zu erwarten. Jeder geschaffene Arbeitsplatz sei ein Stück mehr Lebensqualität für Niederösterreich, die Konjunkturpakete hätten gegriffen. Gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen müsse man aber neue Akzente setzen, rasch und effizient handeln, um aus der Krise heraus investieren zu können. Der Zukunftsfonds sei ein „alter Hut“ und werde in der ecoplus schon verwirklicht. Auch eine eigene „Pleiteholding“ brauche man nicht.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Zusatzantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Landesjugendheim Hollabrunn, Zu- und Umbau.**

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) eröffnete die Debatte: Jugendwohlfahrt sei eine der vordringlichsten Aufgaben des Landes. In Hollabrunn hätte es seit 30 Jahren keine Investitionen mehr gegeben, die FP unterstütze diese Initiative.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte ebenfalls, es sei hoch an der Zeit, das 1889 errichtete und in den sechziger Jahren zuletzt renovierte Haus umzubauen. Jede Investition zur Förderung der Jugend in Niederösterreich sei eine gute Investition.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) ergänzte, in Hollabrunn werde auch 31 jungen Menschen mit Handicaps geholfen. Das Projekt schaffe mit Investitionen von 10,5 Millionen Euro die besten baulichen Voraussetzungen für einen guten Start ins Leben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) referierte zum **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 8 der XVII. Gesetzgebungsperiode**, darin enthalten sind Berichte zu Finanzierung der stationären Pflege in NÖ (3/2010); NÖ Werbung GmbH - Sportsponsoring (4/2010) und Technische Gewässeraufsicht (5/2010)

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, die Finanzierung der stationären Pflege sei eine große Herausforderung, da aufgrund der demografischen Veränderung immer mehr ältere Menschen gepflegt werden müssen. Auch die Nachfrage nach außerfamiliärer Pflege werde steigen, da die Erwerbstätigkeitsrate für Frauen anwachse und bei der Geburtenrate ein kontinuierlicher Rückgang zu

verzeichnen sei. Aufgrund dieser Faktoren sei es sehr wichtig, die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen für die nächsten Jahre richtig abzuschätzen, um langfristig den Pflegebedarf zu erheben und entsprechende Ausbauprojekte zu verwirklichen. Mittlerweile seien die meisten zur Verfügung stehenden Pflegeplätze in den Pflegeheimen belegt. Auch das illegale Betreuungsangebot im Bereich der 24-Stunden-Pflege sei zurückgegangen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, der Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen habe aufgrund der demografischen Entwicklung höchste Aktualität. In diesem Zusammenhang kritisierte er, dass der Pflegeberatungsscheck des Landes Niederösterreich ersatzlos gestrichen wurde. Ein Einsparungspotenzial würde sich auch durch die Zusammenlegung der Krankenkassen ergeben.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) betonte, dass in den nächsten Jahren 205 Millionen Euro für den Ausbau von Pflegeheimen budgetiert seien, was auch einen zusätzlichen Bedarf von 1.100 Pflegekräften auslöse. Neben der Langzeitpflege und der 24-Stunden-Betreuung werde auch die Kurzzeitpflege immer wichtiger. Die benötigten zusätzlichen Mittel im Bereich der stationären Pflege können aber aufgrund der finanziellen Situation nicht von den Gemeinden getragen werden. Die Lösung liege in der Installierung eines Pflegefonds sowie in einer Eingliederung der Pflegeheime in die Landeskliniken-Holding.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) erinnerte, wie im Jahr 2004 die Sportförderung für den Spitzensport reorganisiert und in diesem Zusammenhang „Sportland Niederösterreich“ neu gegründet wurde. Mittlerweile werde über „Sportland Niederösterreich“ auch der Breitensport gefördert. Eine gute Idee sei es gewesen, ehemalige Spitzensportler über „Sportland Niederösterreich“ in verschiedenste Aktivitäten wie die „Immer am Ball-Tour“ einzubinden. Obwohl der Fußball bei Sponsorprojekten einen hohen Stellenwert habe, sei es sinnvoll, in Zukunft auch andere Sportarten bzw. Randsportarten zu unterstützen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) schloss sich seinem Vorredner inhaltlich an. Er kritisierte aber, dass Spitzensportler langfristige Werbeverträge erhalten, selbst, wenn deren Marktwert plötzlich abstürze. In diesem Zusammenhang verlangte er, Werbeverträge nur für ein Jahr abzuschließen.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) meinte, in Zukunft sei es besser, mehr Geld für Fußball zur Verfügung zu stellen als für Golf. Immerhin spiele ein Großteil der niederösterreichischen Jugend begeistert Fußball. Weiters forderte er, den

Mitarbeitern der technischen Gewässeraufsicht ein Diensthandy zur Verfügung zu stellen, wie dies im Landesrechnungshofbericht gefordert werde.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) betonte, in Niederösterreich gebe es im Bereich der Pflege viele Angebote, die in den nächsten Jahren besser miteinander verknüpft werden sollen. Laut aktuellen Statistiken werden die über 60-Jährigen immer mehr, wodurch auch der Bedarf an Pflegeplätzen langfristig steigen werde. Mehr als 90 Prozent aller Mitbürger wollen ihren Lebensabend in den eigenen vier Wänden verbringen. Daher werde es immer wichtiger, die sozialmedizinischen Dienste und die Initiative „Betreutes Wohnen“ stark auszubauen. Auch die 24-Stunden-Betreuung sei mit einem staatlichen Zuschuss von rund 500 Euro noch relativ günstig.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, der Landesrechnungshof habe die technische Gewässeraufsicht und im dezentralen Bereich die bei den Bezirkshauptmannschaften angesiedelten Gewässeraufsichtsorgane auf Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit hin überprüft. Ein wichtiges Vorhaben sei es, in diesen Bereichen Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Zu kritisieren sei, dass laut Bericht keine einheitlichen Mobilkommunikationsmittel für die Gewässeraufsicht angeschafft werden könnten.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) ging auf das Sportsponsoring in Niederösterreich ein und betonte, dass das „Sportland NÖ“ in diesem Zusammenhang immer noch eine bundesweite Vorreiterrolle einnehme. Er dankte in diesem Zusammenhang Landesrätin Bohuslav. Hinsichtlich der Überprüfung der technischen Gewässeraufsicht lobte er die hohe Qualifikation sowie die gute Zusammenarbeit, auf die der Rechnungshof hingewiesen habe.

Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, dass man – angesichts des aktuellen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – mit dieser Novelle besagtes Thema zu 100 Prozent verfehlt habe. Auch die Grünen würden Nein zum organisierten Verbrechen sowie zur Ausbeutung sagen, allerdings würden sie auch Nein zum Bettelverbot sagen. Es gebe hierzu keine Zahlen, Daten, Fakten oder Statistiken, niemand benötige dieses Gesetz. Gerade das Christentum gebiete das Dulden des Bettelns und unterstütze dieses sogar.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach von einer „erfreulichen Gesetzesänderung“ und davon, dass Niederösterreich dieses Bettelverbot brauche, damit nicht auch künftig die Ärmsten der Armen sowie verstümmelte Kinder zum Betteln gezwungen würden. Es gehe nicht darum, die sozial Schwächsten von den Straßen zu verbannen, sondern darum, Kinder vor den Fängen der Mafia zu schützen und auch die Bevölkerung zu beschützen. Angesichts der Zunahme des „Umherziehens von Haus zu Haus“ brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Onodi, Hintner u. a. einen **Abänderungsantrag** betreffend Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes – Bettelverbot ein.

Abschließend merkte er an, dass seine Fraktion dem Resolutionsantrag der Abgeordneten Onodi betreffend einer generellen Mitwirkungspflicht der Polizei bei ortspolizeilichen Maßnahmen nicht zustimmen werde.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erklärte, dass sich der Städtebund 2010 im Rahmen eines Sicherheitsgipfels mit dem Thema der Bettelei auseinandergesetzt habe und nun in Vertretung der Bevölkerung und mit entsprechender Verantwortung reagiert werde. Mit diesem Gesetz werde den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen. Sie brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend einer generellen Mitwirkungspflicht der Polizei bei ortspolizeilichen Maßnahmen ein.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) führte aus, dass auch die Stadt Mödling kurz davor gestanden sei, „von organisierten Banden belagert“ zu werden, was allerdings abgewendet werden konnte. Es gehe hier nicht um die Verfolgung von Armut, denn es gebe in Niederösterreich eine Mindestsicherung, und es werde daher für die Ärmeren der Gesellschaft Sorge getragen.

Der Ansatz der Abgeordneten Onodi gefalle ihm sehr gut, die VP wolle gerne beitreten.

Der Haupt- und der Abänderungsantrag wurden gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Onodi gegen die Stimmen der Freiheitlichen und Grünen mit Mehrheit angenommen.

Die folgenden Geschäftsstücke werden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag mit Gesetzentwurf gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner u. a. betreffend **Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r , SP)

- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Mag. Michalitsch u. a. betreffend **Änderung des NÖ Bezügegesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz Gratz er, SP)
- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Mag. Michalitsch u. a. betreffend **Änderung des NÖ Gemeinde-Bezügegesetzes** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Franz Gratz er, SP)
- Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes – Rücknahme der Bürgermeisterbezugserhöhung**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung. (Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch, VP)

Abgeordneter Christian Hafenecker (FP) eröffnete die Debatte: Die Blaulichtorganisationen würden Überdurchschnittliches leisten – freiwillig, ohne Gehalt und aus Idealismus. Auch das Amt des Bürgermeisters sei nicht nur als Beruf, sondern auch als Berufung zu verstehen. 175 Kommunen in Niederösterreich seien Abgangsgemeinden, umso kurioser sei die Erhöhung der Bürgermeistergehälter um bis zu 159 Prozent. Zu bezahlen hätten das die Bürger über Gebührenerhöhungen. Die Bezugserhöhungen sollten so lange ausgesetzt werden, bis sich die Gemeinden wieder konsolidiert hätten.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) meinte, unter dem Strich werde dem Ansehen der Politik mit dem Bezügegesetz kein guter Dienst erwiesen. Man könne keine Neiddebatten brauchen. Verantwortung auf kommunaler Ebene habe einen Wert und solle auch einen Preis haben. Sie sage daher in Richtung FP „Hände weg von den Bezügen“.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) sagte, die Menschen im Land würden unter einer Gebührenlawine stöhnen. Mit gutem Beispiel voranzugehen, heiße, auch auf kommunaler Ebene solidarisch zu sein. Viel einfacher sei es aber, die erhöhte Gage weiter einzustreifen und die Belastungen an die Bürger weiterzugeben. In einer so genannten sozialen Musterregion dürfe es nicht sein, dass Kinder und Senioren für die Bezüge der Bürgermeister aufkommen müssen.

Abgeordneter Rupert Dworak (SP) betonte, das Gesetz gelte selbstverständlich für alle Mandatare in allen NÖ Gemeinden. Eine Verzichtserklärung wie diese habe keine andere Berufsgruppe vorzuweisen. Es könne nicht darum gehen, die Neidgenossenschaft zu schüren. Mit Anteilen zwischen 0,4 und 4 Prozent für die Bezüge könnten keine Gemeindebudgets saniert werden.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) führte aus, die Bürgermeister würden seit 2008 auf ihre Bezugserhöhungen verzichten. Alle Anpassungen seien sehr maßvoll, die FP sei der Totengräber einer respektierten Kommunalpolitik.

Er meinte, die Gebührenhaushalte müssen sozial verträglich gestaltet sein. In jeder Gemeinde gebe es soziale Nachlässe für Personen, die sozial bedürftig sind. Bürgermeister und Gemeinderäte seien längst Manager und nicht mehr Verwalter.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die gesetzlichen Grundlagen betreffend Einkommen für Kommunalpolitiker bzw. Klubobmänner seien klar geregelt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, sein Job als Klubobmann fülle ihn voll aus, weshalb die Weiterführung seines landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr möglich sei.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) kritisierte die Denunziation von Landtagsabgeordneten, Klubobmännern und Bürgermeistern betreffend ihres Einkommens bzw. ihrer Aufwandsentschädigungen.

Der Anträge betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes, des NÖ Bezügegesetzes und des NÖ Gemeinde-Bezügegesetzes wurden einstimmig angenommen. Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag zum Antrag des Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen, die Rücknahme der Bürgermeisterbezugserhöhung somit abgelehnt.

Schluss der Sitzung!